



Brüssel, den 25. November 2021
(OR. en)

13816/1/21
REV 1

LIMITE

TELECOM 416

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Digitale Rechte und Grundsätze – Orientierungsaussprache

Der Europäische Rat hat hervorgehoben, wie wichtig der digitale Wandel für Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie für das Wohlergehen unserer Gesellschaften ist. In diesem Zusammenhang hielt er fest, dass die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade“ eine erste Weichenstellung für die digitale Entwicklung Europas im nächsten Jahrzehnt ist.¹

Digitale Technologien verändern unser Leben in jeglicher Hinsicht und bieten beispiellose Chancen. Infolge der COVID-19-Pandemie hat sich nicht nur die Rolle und die Wahrnehmung der Digitalisierung in unseren Gesellschaften und Volkswirtschaften grundlegend verändert, sondern auch ihr Tempo rasant beschleunigt. Jedoch hat sich auch die digitale Kluft in der gesamten Europäischen Union vergrößert, nicht nur zwischen gut vernetzten städtischen Ballungsgebieten und ländlichen und abgelegenen Gebieten, sondern auch zwischen denjenigen, die in vollem Umfang von einer bereicherten, leicht zugänglichen und sicheren digitalen Umgebung profitieren können, und denjenigen, die dies nicht tun können.

¹ Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 25. März 2021.

Große digitale Unternehmen sind immer mächtiger geworden, und durch ihre Geschäftsmodelle und ihre allgegenwärtige Kontrolle über unsere Daten sind sie in der Lage, unseren demokratischen Prozess zu beeinflussen. Digitale Technologien vergrößern die Kluft zwischen Armen und Privilegierten; sie bergen eine Reihe von Risiken in Bezug auf Sicherheit und Gefahrenabwehr sowie auf Einschränkung von Wahlmöglichkeiten und Grundfreiheiten. Verletzungen der Privatsphäre, die Verbreitung illegaler Inhalte und Produkte, die Verbreitung von Desinformation und Cyberkriminalität, die Gefahr der Massenüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern, Online-Zensur und diskriminierende Algorithmen können die faire und diskriminierungsfreie Bereitstellung privater und öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen und greifen immer weiter um sich. Diese Probleme haben das Potenzial, die europäische Lebensweise und das europäische Gesellschaftsmodell zu untergraben. In gewisser Weise erinnert der digitale Wandel an historische Entwicklungen, bei denen sich Technologie und Fortschritt auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaften ausgewirkt haben.

Die EU hat die Gelegenheit und die Pflicht, ihre Bürgerinnen und Bürger in ein Zeitalter der digitalen Gesellschaft zu führen, in dem die Menschen ihre digitale Unreife überwinden und sich ihrer digitalen Rechte bewusst werden und in dem die Regierungen ihre Erwartungen an Technologieanbieter klar definieren können, um sowohl individuelle Rechte und Freiheiten zu gewährleisten als auch ein Umfeld zu schaffen, in dem dringende gesellschaftliche Herausforderungen bewältigt werden können.

Wie im Digitalen Kompass 2030 erläutert, hat die EU eine Vision für ein bis 2030 digital umgestaltetes Europa im Einklang mit den europäischen Werten. Zu diesem Europa gehören innovative Unternehmen und mündige Bürgerinnen und Bürger in einer auf den Menschen ausgerichteten, inklusiven, wohlhabenden und nachhaltigen digitalen Gesellschaft. Der kürzlich verabschiedete „Weg in die digitale Dekade“ ist ein erster Schritt zur weiteren Stärkung unserer digitalen Führungsrolle und zur Befähigung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen, wodurch die Digitalisierung zum Motor des Wirtschaftswachstums und des sozialen Wohlergehens in Europa wird. Die Kommission arbeitet derzeit an digitalen Rechten und Grundsätzen zur Gewährleistung eines nachhaltigen, auf den Menschen ausgerichteten und wertebasierten digitalen Wandels und plant, bis Ende des Jahres einen Vorschlag in Form einer gemeinsamen feierlichen Erklärung vorzulegen.

Die Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen der EU soll als Bezugsrahmen für alle Europäerinnen und Europäer dienen, sie im Hinblick auf die im Rechtsrahmen der Europäischen Union verankerten Rechte, Freiheiten und Grundsätze unterrichten und ermächtigen sowie dazu beitragen, dass diese online genauso geachtet werden wie offline. Sie soll den politischen Entscheidungsträgern eine Orientierungshilfe dabei geben, gemeinsam den europäischen Weg zu einer nachhaltigen, auf den Menschen ausgerichteten digitalen Welt zu bestimmen und die politischen Maßnahmen der EU auf dem Weg zum digitalen Wandel Europas fest zu verankern. Die Erklärung könnte daher auch zu einem weltweiten Maßstab für die Behandlung gesellschaftlicher und ethischer Fragen werden, die sich aus dem digitalen Wandel ergeben.

Seit der ersten Ankündigung dieser Initiative in ihrer Mitteilung zum Digitalen Kompass im März dieses Jahres hat die Kommission aktiv den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern und den einschlägigen Interessenträgern gesucht, um auch sie zu Wort kommen zu lassen. Im Mai 2021 hat die Kommission eine breit angelegte öffentliche Online-Konsultation zu einem Entwurf einer Reihe digitaler Grundsätze begonnen, die auf einigen der in der Mitteilung zum Digitalen Kompass benannten wichtigsten Bereiche basieren: ein universeller Zugang zu Internetdiensten, allgemeine digitale Bildung und Kompetenzen für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft und an demokratischen Prozessen, barrierefrei zugängliche und auf den Menschen ausgerichtete digitale öffentliche Dienste und Verwaltungen, Zugang zu digitalen Gesundheitsdiensten, ein offenes, sicheres und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, Schutz und Stärkung von Kindern und Jugendlichen im Online-Raum, eine europäische digitale Identität, Zugang zu klima- und umweltfreundlichen digitalen Geräten, Systemen und Diensten sowie ethische Grundsätze für auf den Menschen ausgerichtete Algorithmen.

Darüber hinaus hat die Kommission partizipative Workshops mit der Zivilgesellschaft, gezielte Befragungen und eine Erhebung bei Kindern und ihren Erziehungspersonen durchgeführt. Außerdem hat sie eine Eurobarometer-Umfrage durchgeführt, um Sichtweisen über die Mitgliedstaaten und die verschiedenen Altersgruppen hinweg zu sammeln, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf jungen Menschen und unterschiedlichen sozialen Hintergründen lag. Diese Konsultationstätigkeiten haben maßgeblich zur Ausformulierung des Entwurfs einer Erklärung beigetragen, den die Kommission nach der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vorlegen wird.

- Bei den Konsultationstätigkeiten zeigte sich breite Unterstützung für eine europäische Erklärung zu digitalen Rechten und Grundsätzen. Aus den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass ein großer Anteil (82 %) der Bürgerinnen und Bürger es sinnvoll fände, eine gemeinsame europäische Vision für eine digitale Gesellschaft zu definieren und sie voranzubringen, indem eine Liste von Rechten, Grundsätzen und Werten zusammengestellt wird.
- Darüber hinaus gaben 77 % der Bürgerinnen und Bürger an, dass sie gerne mehr über ihre Rechte im Online-Umfeld erfahren würden, wobei ein beträchtlicher Anteil (34 %) zudem angab, ihnen sei nicht bewusst, dass Rechte wie Meinungsfreiheit, Privatsphäre oder Nichtdiskriminierung auch online geachtet werden müssen.
- Teilnehmer der öffentlichen Konsultation betonten häufig, dass die digitale Gesellschaft Europas auf europäischen Werten gründen sollte und dass es entscheidend für eine digitale Gesellschaft „auf europäische Art“ wäre, niemanden zurückzulassen.

Den Ergebnissen der Konsultationstätigkeiten wird im Vorschlag für eine europäische Erklärung zu digitalen Rechten und Grundsätzen Rechnung getragen werden. Die Erklärung wird auch auf den jüngsten Erklärungen (etwa der Erklärung von Lissabon, der Berliner Erklärung und der Erklärung von Tallinn) sowie auf Initiativen der Mitgliedstaaten wie der spanischen Charta der digitalen Rechte, der italienischen Erklärung der Internetrechte, der portugiesischen Charta der Menschenrechte im digitalen Zeitalter, dem dänischen Weißbuch über einen besseren Sozialvertrag mit Big Tech oder dem Non-Paper Sloweniens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Österreichs zum Thema "Promoting the Rule of Law in the Digital Space: A Human Rights-Based Approach to New and Emerging Digital Technologies" (Förderung der Rechtsstaatlichkeit im digitalen Raum: Ein menschenrechtsbasierter Ansatz für neue und neu entstehende digitale Technologien) aufbauen.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, im Hinblick auf die Aussprache die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Sollte eine europäische Erklärung zu digitalen Rechten und Grundsätzen einen Weg für das nächste Jahrzehnt aufzeigen und der erste Schritt sein, um zusammen mit den Partnern, die sich die demokratischen Werte der EU zu eigen machen, einen weltweiten Maßstab zu setzen?
2. Stimmen Sie zu, dass die oben beschriebenen Bereiche eine gute Grundlage für eine übergreifende Erklärung zu digitalen Grundsätzen für eine digitale Dekade bilden?